

Merz' Prestigeprojekt droht Absturz

Der Bundesrat fordert einen einheitlichen Satz bei der Mehrwertsteuer

BEAT RECHSTEINER, CHRISTOF FORSTER

Mit Ausnahme der FDP sind alle grossen Parteien gegen den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Deshalb dürfte das Projekt im Parlament Schiffbruch erleiden.

Hier kommt die Zähheit des Appenzellers zum Tragen. Seit fünf Jahren kämpft Bundesrat Hans-Rudolf Merz trotz grossem Widerstand engagiert für den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Jetzt hat er sich nochmals die Zustimmung des Bundesrats gesichert. Ein Einheitssatz von 6,2 Prozent soll die geltenden drei Sätze ablösen. Heute werden Lebensmittel, Medikamente und Zeitungen mit dem reduzierten Satz von 2,4 Prozent besteuert. Für die Hotellerie gilt ein Sondersatz von 3,4 Prozent, der Rest unterliegt dem Normalsatz von 7,6 Prozent.

Auch bei den Branchen, die von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind, setzt der Bundesrat das Messer an. Es verbleiben jene fünf Ausnahmen, bei denen der Ertrag den administrativen Aufwand nicht rechtfertigt oder bei denen es schwierig ist, die Steuer überhaupt zu berechnen.

Kurzfristig müssen vor allem Familien mit Kindern und Rentner mit einer Mehrbelastung rechnen. Im Einheitssatz inbegriffen sind darum 0,1 Prozentpunkte, die der sozialen Abfederung dienen. Daraus resultieren rund 355 Millionen Franken, die an die einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte gehen. Eine Person erhält damit im Schnitt 155 Franken pro Jahr.

EINIGES WIRD TEURER. Mit dem Einheitssatz steigt die Steuerbelastung auf Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Auch in der Bildung, im Hotel- und im Gesundheitswesen soll der Steuersatz erhöht werden. Das wirkt sich auf die Krankenkassenprämien aus, die auf einen Schlag um 3,1 Prozent steigen. Für Merz ist das aber eine mathematische Grösse. Die Erfahrung zeige, dass verschiedene Branchen die Mehrwertsteuer nicht oder nicht ganz überwälzten.

Jetzt liegt der Ball beim Parlament – und dort dürfte Merz' Prestigeprojekt Schiffbruch erleiden. Denn die grossen Parteien sind mit Ausnahme der FDP allesamt gegen die Vorlage. «Das ist politische Fantasterei», sagt SVP-Generalsekretär Martin Baltisser. Man könne doch nicht Lebensmittel verteuern und gleichzeitig Luxusprodukte günstiger machen – ein solches Unterfangen sei



Mehrkosten. Kommt der einheitliche Mehrwertsteuersatz, so wird das Einkaufen künftig teurer. Foto Keystone

AUSWIRKUNGEN EINES MWST-EINHEITSSATZES VON 6,2 PROZENT (IN FRANKEN)

Einkommensklassen (Fr. pro Monat)	0-4499	4500-6599	6600-8799	8800-12199	über 12 200
Alle Haushalte	-	-	19.02	19.29	7.68
Einpersonen-Haushalte	-	-	-1.24	-8.26	-8.26
Paar ohne Kinder	-	-	16.87	8.92	-4.35
Paar mit einem Kind	-	-	22.62	26.73	13.18
Paar mit zwei Kindern	-	-	31.70	30.24	21.86
Rentner	-	-	30.70	19.51	19.51

Quelle SDA

chancenlos. Das sieht auch die Linke so: «Wir sind vehement gegen den Einheitssatz», sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbunds. Auch die CVP will nicht Hand bieten. Zwar räumt Generalsekretär Tim Frey ein, dass die Idee des Einheitssatzes im Grunde in Ordnung sei. Sozialpolitisch sei es aber falsch, Gesundheit, Bildung und Nahrungsmittel zu verteuern.

Unterstützt wird Finanzminister Merz nur von der eigenen Partei. FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher zeigte sich gestern erfreut darüber, dass Merz seine Linie im Bundesrat habe durchsetzen können. «Der Einheitssatz ist wachstumsfördernd und bringt mehr Arbeitsplätze», sagt Brupbacher. Allerdings wollen die Freisinnigen den

Satz bei 5,5 Prozent festlegen. Sollte das Parlament entgegen den Erwartungen der FDP folgen und dem Einheitssatz doch noch zustimmen, käme es danach zu einer Volksabstimmung.

LOBBYMASCHINERIE. Spätestens dann würden auch die betroffenen Branchenverbände ihre Lobbymaschinen in Gang setzen. Die Interessengemeinschaft der Detailhändler beispielsweise, die in einer Mitteilung gestern von einer «Scheinlösung» sprach. Der Einheitssatz bringe wegen der Preiserhöhungen für die Konsumenten erhebliche Nachteile. Ablehnend steht der Bundesratsvorlage auch der Krankenkassenverband Santésuisse gegenüber.

> TAGESKOMMENTAR SEITE 2

stichwort

Mehrwertsteuer

UMKÄMPFT. Nach drei gescheiterten Anläufen sagten die Schweizer 1993 beim vierten Mal Ja zur Einführung der Mehrwertsteuer. 1995 in Kraft gesetzt, wurde sie seither drei Mal erhöht. Zudem hat das Parlament zahlreiche Sondersätze und Ausnahmeregelungen eingeführt. Heute gilt ein Normalsatz von 7,6 Prozent. Ab 2011 wird er zur Finanzierung der Invalidenversicherung befristet auf acht Prozent angehoben. In der EU liegt der Normalsatz bei 20 Prozent. mfu

nachrichten

Sicherheitspolitischer Bericht verabschiedet

BERN. Der Bundesrat hat den Bericht über die Sicherheitspolitik verabschiedet, der die Leitlinien festlegt. Nun befasst sich das Verteidigungsdepartement mit der Konkretisierung. Über die Grösse der Armee und neue Kampfjets entscheidet der Bundesrat im September. Um die Formulierungen im sicherheitspolitischen Bericht hatte der Bundesrat lange gerungen: Als er im April den Entwurf präsentierte, hagelte es Kritik, Verteidigungsminister Ueli Maurer musste nachbessern. SDA

Lehrplan 21 wird ausgearbeitet

BERN. Im Herbst startet die Ausarbeitung des Lehrplans 21. 19 von 21 Kantonen haben die Vereinbarung bereits unterschrieben. 2014 soll der einheitliche Lehrplan eingeführt werden, wie die zuständigen Erziehungsdirektoren gestern mitteilten. Der Lehrplan 21 wird verbindlich festlegen, was die Schüler am Ende der 2., 6. und 9. Klasse wissen und können müssen. Damit setzen die Kantone den Artikel 62 der Bundesverfassung um, die Ziele der Schule zu harmonisieren. SDA

Simoneschi-Cortesi präsidiert transfair

BERN. Die Delegierten der Gewerkschaft transfair haben gestern die Tessiner CVP-Nationalrätin Chiara Simoneschi-Cortesi zur Präsidentin gewählt. Daneben verabschiedete der ausserordentliche Kongress vier Resolutionen zur Stossrichtung. Simoneschi-Cortesi war bereits auf den 1. Januar vom transfair-Vorstand zur Präsidentin gewählt worden. Die Delegierten bestätigten die Wahl einstimmig. SDA

Botschafter Greminger geht nach Wien

BERN. Der Leiter der Politischen Abteilung IV «Menschliche Sicherheit» im EDA verlässt Bern: Botschafter Thomas Greminger wird ständiger Vertreter der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Wien. Seine Nachfolge tritt Claude Wild an. Greminger vertritt die Schweiz künftig unter anderem bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der UNO oder der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). SDA

ANZEIGE

BaZ. Standpunkte

Wie werden wir ein glücklicheres Land?



Michael Hampe
Philosophieprofessor/
Buchautor



Bastien Girod
Nationalrat Grüne/
Buchautor



Christoph Mörgeli
Medizinhistoriker/
Nationalrat SVP

Neue Erkenntnisse der Glücksforschung zeigen, dass Geld allein nicht glücklich macht. Offenbar stimmen uns menschliche Kontakte, eine lange Beziehung oder eine sinnvolle Arbeit mindestens so heiter. Doch was heisst das für uns? Muss der Staat uns zum Glück verhelfen? Oder ist das die Sache jedes Einzelnen?

Über Glück und wie es erreicht werden kann, diskutieren in Basler Zeitung Standpunkte der Nationalrat der Grünen, Bastien Girod, der Philosoph und Schriftsteller Michael Hampe und der SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli mit den Moderatoren Patrick Rohr und Matthias Geering.

PRESSE TV

BaZ. Standpunkte
Wie werden wir ein glücklicheres Land?

Samstag, 26. Juni 2010,
13.10 Uhr auf SF 1
14.05 Uhr und 16.05 Uhr auf SF info

Im Internet nach der Erstausstrahlung
unter www.standpunkte.baz.ch